

Fachtagung „Langzeithilfen heute – Bedarfsgerechte Hilfen für Menschen in besonderen sozialen Schwierigkeiten“

am 13.11.2017 in Herzogsägmühle

**Grußwort Josef Mederer, Präsident des Bayerischen Bezirkstags und
Bezirkstagspräsident von Oberbayern**

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

wenn besondere Lebensverhältnisse und soziale Schwierigkeiten zusammentreffen, gelingt es manchmal nicht mehr das Leben aus eigener Kraft zu steuern. Sozialer Rückzug und Ausgrenzung ist die Folge. Derzeit wird ja auch viel über Inklusion gesprochen. Das heißt, alle Menschen sollen ein möglichst selbstbestimmtes Leben in der Gemeinschaft führen können. In erster Linie hat man hier Menschen mit Behinderungen im Blick. Doch ich meine, man sollte den Begriff viel weiter fassen und hier auch viel mehr auf Menschen in sogenannten Multiproblemlagen schauen. Deshalb freut es mich besonders, dass Sie sich heute hier zu dieser Fachtagung treffen und auch gerade diese Menschen in den Fokus nehmen.

Gerade auf dem Gebiet der Hilfen bei besonderen sozialen Schwierigkeiten besteht großer Bedarf. Neuesten Zahlen zufolge sind allein in München 8.000 Menschen wohnungslos. Rund 71 Prozent der Menschen sind alleinstehend, zwei Drittel sind männlich – doch auch der Frauenanteil unter den Wohnungslosen steigt. Bei rund 18 Prozent handelt es sich um Kinder und Jugendliche. Diese Zahlen sind meiner Meinung nach alarmierend. Bayernweit wurden 2016 über 47 Millionen Euro für die Hilfen in besonderen sozialen Schwierigkeiten aufgewendet. Davon wurden rund 32 Millionen Euro für Hilfen in stationären Einrichtungen von den Bezirken übernommen. Auf ambulante Angebote entfielen 15 Millionen Euro, die von den Landkreisen und kreisfreien Städten getragen wurden.

Gerade Menschen in besonderen sozialen Schwierigkeiten haben oftmals keine Lobby, die sich für sie einsetzt. Deshalb sind wir hier besonders gefordert, Menschen in besonderen Problemlagen nicht aus den Augen zu verlieren und passende Hilfsangebote zu schaffen. Der soziale Abstieg kann jeden treffen. Schulden, Langezeitarbeitslosigkeit, teurer Wohnraum, steigende Lebenshaltungskosten, aber auch schwere Krankheit, Sucht oder Trennungen können eine Abwärtsspirale auslösen, aus der man mit eigener Kraft oft nicht mehr herausfindet. Deshalb ist es wichtig, dass es auch für Menschen in diesen Situationen Hilfsangebote gibt.

Dank Ihnen und Ihren Einrichtungen gibt es bereits viele dieser Angebote, um die besonderen sozialen Schwierigkeiten abzuwenden, zu mildern oder ganz zu überwinden. Von der Beratung und der persönlichen Betreuung, über die Unterstützung bei der Suche

nach einem Ausbildungs- oder Arbeitsplatz oder auch eine Wohnung bis hin zur psychologischen und medizinischen Betreuung sind die Hilfen bereits jetzt schon sehr vielfältig und auf die jeweilige Situation der Betroffenen zugeschnitten.

Doch rund 40 Prozent der Wohnungslosen in München verbringen rund zwei Jahre in Notunterkünften, einfach nur weil die Einrichtungen der Wohnungslosenhilfe so stark ausgelastet sind. Doch auch wenn Menschen einen Platz in den stationären Einrichtungen finden und nach einer gewissen Zeit wieder in der Lage sind, ihr Leben eigenständig zu führen, so gibt es im Großraum München immer weniger bezahlbaren Wohnraum. Ich hoffe, Sie verzeihen mir, dass ich hier überwiegend Zahlen aus Oberbayern nenne. Aber als Bezirkstagspräsident von Oberbayern sind mir diese natürlich geläufig. Dennoch besteht das Problem auch in anderen bayerischen Städten und Ballungszentren.

Das Grundproblem ist, dass die Hilfen in besonderen sozialen Schwierigkeiten überwiegend eher kurzfristig konzipiert sind. Langfristig ist es aber in der Regel nicht mit einem Übernachtungsplatz an einem kalten Tag getan. In der Konsequenz werden ambulante Plätze, die eigentlich nur für den Übergang gedacht sind und die auch nicht unbedingt im Überfluss zur Verfügung stehen, oft auf Dauer in Anspruch genommen.

Der demografische Wandel macht sich allerdings auch bei dieser Klientel bemerkbar: Auch sie wird älter und damit sesshafter. Laut der aktuellen Sozialhilfestatistik liegt das Durchschnittsalter bei den Leistungsempfängerinnen und -empfängern bei 45,7 Jahren. Langzeithilfen brauchen wir somit dringender denn je. Wir müssen mehr Einrichtungskonzepte entwickeln, die sowohl Elemente der Leistungen der Hilfe zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten als auch Leistungen der Eingliederungshilfe berücksichtigen.

In Oberbayern gibt es bereits sechs Einrichtungen solcher Art mit rund 250 Plätzen. Die Ziele von diesen „Schnittstelleneinrichtungen“ sind, ein möglichst niedrighschwelliger Zugang zu den Maßnahmen der unterschiedlichen Hilfesysteme, die Abdeckung umfassender individueller Bedarfe in einer Einrichtung zusammengefasst sowie ein akzeptierender und wertschätzender Umgang mit der oftmals schwankenden Krankheitseinsicht und Mitwirkungsbereitschaft der Leistungsberechtigten.

Auch adäquate ergänzende Leistungen können als „zuschaltbare Zusatzleistungen“ helfen, Krankenhausaufenthalte oder Einrichtungswechsel zu vermeiden und eine vor allen Dingen personenzentrierte Hilfe zu gewährleisten. Das können sowohl Leistungen aus der Eingliederungshilfe als auch aus der Hilfe zur Pflege sein. In Oberbayern besteht bereits seit Januar 2012 die Möglichkeit, diese Zusatzleistungen in Absprache mit den Leistungserbringern zu beantragen.

Was passiert eigentlich nach dem Aufenthalt in einer stationären Einrichtung? Auch hier muss mehr getan werden. Insbesondere in Ballungszentren muss mehr sozialer Wohnraum zur Verfügung gestellt werden. Das wurde in den vergangenen Jahren viel zu lange vernachlässigt. Ich habe jetzt viel von Großstädten und Ballungszentren gesprochen.

Doch auch in ländlichen Gebieten können Menschen in soziale Nöte geraten. Deshalb müssen auch auf dem Land Angebote geschaffen werden. Denn dort haben Wohnungslose oft einen besonders schweren Stand. In Oberbayern zum Beispiel konzentrieren sich rund 80 Prozent der stationären Plätze auf die Landeshauptstadt München, den Landkreis Weilheim-Schongau und die Stadt Rosenheim. Hier und in ganz Bayern müssen wir genau hinschauen, ob dies dem tatsächlichen Bedarf entspricht.

Wohnraum ist das eine, doch viele Betroffene brauchen nach einem stationären Aufenthalt auch weiterhin eine ambulante Versorgung. Leider ergibt sich auch hier oft das Problem, dass am künftigen Wohnort des Leistungsberechtigten keine oder nicht ausreichende Versorgungsstrukturen zur Verfügung stehen. Das führt dazu, dass manche Betroffenen oftmals länger in stationärer Betreuung bleiben als dies eigentlich notwendig wäre. Ein Grund dafür dürfte auch die gespaltene Aufgabenverantwortung zwischen den kommunalen Ebenen sein. So sind die Bezirke als Sozialhilfeträger für den stationären Bereich zuständig, die Landkreise und kreisfreien Städte hingegen für den ambulanten Bereich.

Als Bezirkstagspräsident von Oberbayern und als Präsident des Bayerischen Bezirkstags vertrete ich natürlich die Sicht der überörtlichen Kostenträger. Aber ich denke, dass hier bei allen Beteiligten Einigkeit besteht, dass wir nur gemeinsam – das heißt Politik, Kommunen als Kostenträger und Sie als Leistungserbringer - die richtigen Angebote zur Verfügung stellen und auch weiterentwickeln können. Auch im Sinne der Inklusion dürfen wir die Menschen, die aus welchen Gründen auch immer in Not geraten sind, nicht alleine lassen. Und das gelingt nur, wenn wir alle in Dialog treten und auch bleiben. Und deshalb wünsche ich Ihnen für die kommenden beiden Tage informative Vorträge, aufschlussreiche Diskussionen und vor allen Dingen wertvolle Impulse für ihre tägliche Arbeit.